



### Österreich



#### EU-Verfassung - Versuch Nummer Zwei

Nach dem Scheitern der EU-Verfassung wurde mit dem "EU Reformvertrag" ein sehr ähnlicher Gesetzestext vorgestellt. SPÖ, ÖVP und Grüne treten gegen eine Volksabstimmung über das neue Vertragswerk auf – und spielen damit der FPÖ in die Hände. Wie kann erfolgreicher Widerstand aussehen? SEITE 2

### Betrieb & Gewerkschaft



#### Neues Foul an den Handelsangestellten

Die geforderten 4% mehr Lohn hat die GPA-DJP für die Handelsangestellten klar verfehlt. Weiters wurde ein neuer Angriff auf die Arbeitszeiten gestartet: Während der Fußball-EM halten die Geschäfte sonntags offen. SEITE 3

### Schwerpunkt



#### Russland: Mafiakapitalismus und Diktatur

Wohin entwickelt sich Russland unter Vladimir Putin? Worauf beruht seine Macht und welche Perspektiven ergeben sich daraus? Was bleibt heute noch vom Erbe der roten Revolution? SEITEN 4/5

### Internationales



#### Pakistan: Aufstand gegen Musharraf?

Unter dem Vorwand des Kampfs gegen den Terror hat Präsident Musharraf den Ausnahmezustand über Pakistan verhängt. Trotzdem bröckelt seine Herrschaft, der Widerstand gegen das Regime wächst. SEITE 7

# Immer weniger im Börs!?! Widerstand organisieren!



von Herbert Wanko, Betriebsrat (GMTN)

**Weihnachtsgeld reicht oft nur zum Konto-abdecken - 6500 Privatkonkurse**

"Die Verschuldung der privaten Haushalte ist in vielen Ländern, darunter auch in Österreich, gestiegen." (Österreichische Nationalbank, 2007). Laut der "ÖNB" gelten nicht nur bereits 100.000 Haushalte als hoffnungslos überschuldet. Angesichts der Kreditbelastung für Wohnung, Ausbildung und Konsumgüter wird trocken festgestellt: "Ob eine gegenwärtig finanzierbare Schuldenlast auch in Zukunft leistbar sein wird, hängt von den zukünftigen Einkommensentwicklungen ab."

**Wir sollen kaufen - aber wovon?**

1,65 Milliarden Euro sollen heuer im Dezember zusätzlich umgesetzt werden - um 15% mehr, als im Vorjahr. Wo soll all das Geld herkommen? Vor kurzem wurde eine Statistik veröffentlicht nach der angeblich jedeR in Österreich jährlich 18.950 Euro für Konsumausgaben übrig hat. Das heißt, dass monatlich nach Abzug der Fixkosten, wie Wohnung, Heizung, Strom, etc. mehr als 1.500 Euro übrig bleiben. Ist mir eigentlich noch nie aufgefallen, dass ich jedes Monat so viel zum Ausgeben habe - wie Millionen anderen in Österreich wohl auch. Laut Arbeiterkammer verdienen nämlich weit mehr als die Hälfte aller ArbeitnehmerInnen insgesamt weniger als 1500,- Euro netto pro Monat. Ganz offenbar ist der bestehende Reichtum extrem ungleich verteilt!

Auch zu Weihnachten geht es den meisten nicht anders. Da wird das Weihnachtsgeld in erster Linie dazu verwendet, die Konten wieder abzudecken. Sollte dann noch etwas übrig bleiben, stellt sich bei vielen die Frage, ob es besser in ein paar zusätzliche Liter Heizöl oder ähnliches investiert wird, oder ob vielleicht doch eine kleine Überraschung für die Kinder angeschafft werden kann. Zum Glück gibt es ja auch noch die supergünstigen Ratenzahlungen - nach dem Motto: "Kauf jetzt - Konkurs anmelden kannst du dann nächstes Jahr." - wie es 6.500 Privatkonkurse in den ersten neun Monaten dieses Jahres vorzeigen.

**300 Euro mehr für's Heizen**

2,8% betrug die Inflationsrate offiziell im Oktober. Und so "niedrig" ist sie nur, weil die Kosten für Flugreisen, Auslandsaufenthalte und Handytarife stark zurückgegangen sind. Dafür stiegen die Preise für Lebensmittel, Wohnen, Energie, Verkehr und Kommunalabgaben, wie Müllabfuhr oder Kanalgebühren um ein vielfaches der Inflationsrate. Dieses Jahr - so wurde errechnet - wird jeder Haushalt um 300 Euro mehr fürs Heizen ausgeben müssen. Bei steigenden Mieten und Betriebskosten (bis zu 13 %) sieht lediglich die Immobilienbranche die Lage als "überwiegend heiter" an (<http://portal.wko.at>).

**Die Pensionserhöhungen sind viel zu niedrig!**

Geradezu als Hohn müssen bei solchen Zahlen die zwei Millionen PensionistInnen die durchschnittlichen 2 % Pensionserhöhung empfinden. Noch dazu wenn diese von vielen aus Politik und Wirtschaft als zu hoch bezeichnet wird. Mit den 21 Euro für Pensionen bis 1.050 Euro kann nicht einmal die Heizkostensteigerung ausgeglichen werden. Also werden wieder die warmen Pullover angezogen, weil sich heizen nicht ausgeht.

**Löhne hinken weiter hinter her!**

Auch die angeblichen knapp 4% Lohnerhöhung für die Metaller - immerhin einer der höchsten Abschlüsse - erweisen sich als Mogelpackung, da Einmalzahlungen und Verteiloption das Ergebnis langfristig deutlich verschlechtern. Bei den mehr als 500.000 Handelsangestellten, werden die ausgehandelten 3,1 % ohnehin praktisch zur Gänze von der Inflation gefressen. 2/3 aller ÖsterreicherInnen finden die Einkommensverteilung ungerecht. Warum? Dazu nur ein Beispiel: Mit der Jahresgabe des vermutlich bestverdienenden Österreichers (Andreas Treichl - Erste Bank Chef) könnte die Pensionserhöhung für zirka 20.000 PensionistInnen abgedeckt werden. Stattdessen gibt's für Treichl eine Auszeichnung als bester Manager des Jahres. Wir gratulieren herzlich.

**Entwicklung liegt am System**

Schon 2006 stellte die Arbeiterkammer u.a. fest:

- Die Produktionsleistung steigt seit 10 Jahren mindestens drei mal so stark wie die Löhne
- Das unterste Einkommensfünftel musste in dieser Periode sogar Einkommensverluste hinnehmen (1999-2006: minus 2,3%)
- 67.700 Österreicher sind demgegenüber DollarmillionärInnen
- Ebenso bleibt die Lohnquote (Anteil der Lohn- Gehaltssumme am Bruttoinlandsprodukt) seit Jahrzehnten langfristig und fortgesetzt rückläufig

Ausgewirkt haben sich derlei Erkenntnisse aber leider nicht auf die Strategie der Gewerkschaftsführung in den Kollektivvertragsverhandlungen. Das liegt letztlich daran, dass die Gewerkschaften heute noch immer nicht die Drohungen und Behauptungen der Gegenseite in Frage stellen und selber das Märchen vom Erhalt der "Wettbewerbsfähigkeit" vorbeten.

Wir meinen demgegenüber: Wenn dieses System ständig sinkende Real-löhne und steigenden Arbeitsdruck bedeutet, dann haben die ArbeitnehmerInnenvertretungen die Aufgabe, entsprechende (sozialistische) Alternativen zu entwickeln. Das jetzige System können wir uns jedenfalls auf Dauer nicht leisten!

## Der Standpunkt

## ArbeiterInnen-selbstverwaltung

von Sonja Grusch,  
SLP-Bundessprecherin



Wir finden das Modell gut: die Beschäftigten entscheiden selbst, wann und wieviel sie arbeiten. Wenn sie meinen, sie müssen nicht immer da sein oder ihre Arbeit lastet sie nicht aus, können sie einen zusätzlichen Job annehmen. Interessenskonflikte gibt es keine, weil ja eh alle dasselbe wollen. Über Gehaltshöhe und -erhöhungen bestimmen die Beschäftigten selbst, ebenso über Pensionsantrittsalter, Pensionshöhe und eventuelle Steigerungen. "Goodies" sind auch vorgesehen, Zuschläge für Zusatzarbeit, und manchen, die besonders viel Verantwortung haben, wird auch beim Transport zu und von der Arbeit unter die Arme gegriffen. Das Modell hat Zukunft finden wir – und sollte auf alle Beschäftigten ausgedehnt werden.

Momentan haben nur die 183 ParlamentarierInnen diese Arbeitsbedingungen. Die Debatte über die Offenlegung der Nebeneinkünfte ist skurril. Angeblich müssen PolitikerInnen soviel verdienen, weil sie "so viel Verantwortung" haben. Wie stehts mit Verantwortung & Einkommen einer Krankenpflegerin? Und: Nur wer genug verdient wäre unabhängig und unbestechlich. Es brauche "leistungsgerechte Politikereinkommen" (Kuckacka) bzw. ein "anständiges Gehalt" (Lackner) denn PolitikerInnen leisten so viel. Warum bekommen dann Zivildienstler, für die die 40-Stunden-Woche nicht gilt, so wenig? Warum haben so viele PolitikerInnen Zusatzeinkünfte? Zu wenig Einkommen, zu wenig Arbeit? Wer diese Frage stellt kriegt aber auch gleich eine passende Antwort: PolitikerInnen sollen nicht "nur" PolitikerInnen sein, weil sonst würden sie den Bezug zur Realität verlieren. Hä? Wie war das? Sie würden soviel arbeiten und deshalb so viel verdienen...? Und das finale Totschlagargument: Man könne die Einkommen nicht veröffentlichen, weil in Österreich herrsche eine "Neidgesellschaft" und man "müsse auch den Datenschutz beachten" (Molterer).

Wir sind nicht dafür, dass PolitikerInnen bei Wasser und Brot in einer Substandardwohnung leben müssen. Aber sonst auch niemand. Daher: Was notwendig ist, für die 183 ParlamentarierInnen, sollte genauso gelten für die restlichen 8.000.000 Menschen, die in Österreich leben. Nämlich dass nicht andere über ihr Leben, ihr Einkommen und ihre Arbeit entscheiden, sondern sie selbst.

## Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U; Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

## Nein zum Europa der Banken und Konzerne!

## EU-Reformvertrag: Auch der zweite Aufguss ist nicht besser

von Laura Rafetseder,  
SLP-Wien

Der Schock der Ablehnung der EU-Verfassung in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 sitzt noch tief in den Knochen der europäischen Regierungsvertreter. Das ist auch der Grund, warum sie Volksabstimmungen über den EU-Reformvertrag, der dem EU-Verfassungsentwurf in großen Teilen gleicht, möglichst verhindern wollen.

"Vielleicht sind 90 bis 95 Prozent ident. Aber auch die Gene des Menschen sind zu 95 Prozent mit jenen des Schimpansen ident, den Unterschied kennen wir wohl alle", sagt Wolfgang Schüssel über den Unterschied zwischen dem EU-Reformvertrag und dessen Vorgänger, dem EU-Verfassungsentwurf. Was er damit wirklich sagen will: Liebe Unternehmen, keine Sorge, eure Interessen stehen drinnen; liebe KritikerInnen, euren Segeln fehlt der Wind.

An Wind fehlt es uns aber ganz und gar nicht: Die Schweinereien sind nach wie vor die alten, lediglich Kleinigkeiten (keine Fahne und Hymne) haben sich geändert. Die Ziele der Militarisierung und "Wettbewerbsausrichtung" der Union stehen allerdings klar im Vertrag. Die Mitgliedsstaaten werden zur Aufrüstung verpflichtet, der Ministerrat hat das Recht, Kriege im Namen des "Kamp-

fes gegen den Terrorismus" (bzw. zum Schutz der Wirtschaftsinteressen) zu führen, es gibt ein eigenes Rüstungsbudget, die Beistandsverpflichtung ist sogar weitergehend als jene der NATO etc. Mit der Verankerung der "Notwendigkeit die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten" in Verfassung/Reformvertrag können nun auch Lohndumping-Maßnahmen wie die Dienstleistungsrichtlinie oder Sozialabbau generell folgerichtig argumentiert werden. Der Reformvertrag ist alles andere als demokratisch oder sozial.

## Ganze große Koalition dafür - FPÖ wittert Chance

In Österreich hat sich mittlerweile eine interessante "Koalition" aus SPÖ, ÖVP und den Grünen gebildet, die betont, eine Volksabstimmung über den Reformvertrag sei nicht notwendig. Aufgrund der Schwäche der Linken in Österreich und des Fehlens einer ArbeiterInnenpartei wird das Feld FPÖ und BZÖ überlassen, die die Stimmung gegen die EU für ihre eigenen – rassistischen und nationalistischen – Zwecke benutzen.

Doch auch wenn eine Kampagne für eine Volksabstimmung bzw. für ein Nein zum Reformvertrag momentan eher von rechts getragen würde: Das Misstrauen gegen die EU und gegen den Reformvertrag besteht zurecht – die



EU ist ein neoliberales Projekt kapitalistischer Regierungen mit dem Ziel, ihre Interessen besser umsetzen zu können. Die Alternative kann daher nicht darin bestehen, zum Vertrag zu schweigen (wie der ÖGB) oder gar dafür zu sein; sondern eine linke, bzw. gewerkschaftlich getragene Gegenbewegung wie in Frankreich oder den Niederlanden aufzubauen.

## Für ein sozialistisches Europa der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und Arbeitslosen

Wir sind der Meinung, dass die Menschen das Recht haben sollten, über den EU-Re-

formvertrag abzustimmen. Aber wir sind gegen die scheinheiligen und nationalistischen Aktionen von FPÖ und BZÖ. Wir begrüßen die Initiative verschiedener linker Organisationen inklusive der KPÖ für eine Volksabstimmung. Diese muss sich aber klar von FPÖ und Konsorten abgrenzen (was für die KPÖ nicht immer selbstverständlich ist). Und sie muss sich gegen EU und Kapitalismus an sich richten und Alternativen vorschlagen. Die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden war eine massive Niederlage für die Herrschenden in Europa. Das hat sie aber nicht dar-

an gehindert, einen Neu-Aufguss zu basteln und zu versuchen, diesen über die Köpfe der Menschen hinweg durchzusetzen.

Die einzige Art und Weise, wie ihnen eingeheizt werden kann, ist durch den europaweiten gemeinsamen Kampf von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen gegen die EU, gegen Sozialabbau, gegen Militarisierung und für bessere Lebensbedingungen für alle. Das bedeutet letztlich einen Kampf für ein sozialistisches Europa, im Interesse der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen und nicht der Banken und Konzerne.

## "Wir demonstrieren weiter ..."

Interview mit ANGELA MAGENHEIMER, Obfrau und Mitarbeiterin im Koordinationsbüro von "Ehe ohne Grenzen"

Seit wann gibt es "Ehe ohne Grenzen"?

Die Initialzündung war Februar 2006. Als Verein gibt es uns seit Oktober 2006, davor waren wir einfach eine Gruppe von Betroffenen und dann haben wir beschlossen, dass es Sinn macht, uns als Verein zu gründen.

Was war die Motivation "Ehe ohne Grenzen" zu gründen?

Es war jetzt nicht so dass ich gesagt habe: "So, und jetzt gründe ich "Ehe ohne Grenzen", sondern das ist passiert. Mein Mann und ich waren als Ehepaar genauso betroffen und ich war auf der Suche nach anderen, denen es genauso geht und habe bei einer Pressekonferenz von Asylkoordination, Helping Hands und der Fibel als Betroffene gesprochen. Dort habe ich andere Frauen kennen gelernt, die auch Partner hatten, die illegalisiert waren. Und wir haben dort beschlossen, wir setzen uns einmal zusammen. Beim ersten Treffen im Februar waren wir 15 und zwei Monate bei einem der nächsten Treffen schon 150.



Was sind eure Anliegen und Forderungen?

Die Gleichstellung von binationalen Paaren mit inner-österreichischen Beziehungen. Dafür wäre natürlich eine umfassende Änderung bzw. Sanierung des bestehenden Fremdenrechts notwendig. Da gehört viel dazu, zum Beispiel, dass man die sogenannten Altfälle schleunigst saniert. Das heißt, dass Partnerinnen und Partnerinnen, die 2005 einen Antrag auf Niederlas-

sungsbewilligung gestellt haben, diese jetzt endlich erteilt bekommen. Dazu gehört auch, dass man die Auslandsantragstellung abschafft. Und dass es keine Einkommensgrenze mehr geben darf. Jetzt ist es so, dass man als österreichische Partnerin 1091 Euro und ab 1. Jänner 2008 1122 Euro verdienen muss. Das muss man einmal verdienen, sonst hat man eh keine Chance mit seinem Partner in Österreich zu leben. Außerdem braucht es, wie vor der

Gesetzesänderung praktiziert, wieder Zugang zum Arbeitsmarkt für unsere PartnerInnen ab der Hochzeit.

Und wie schaut eure Arbeit bei Ehe ohne Grenzen aus? In welchen Bereichen seit ihr aktiv?

Das eine ist der Austausch und die Vernetzung, das ist sehr wichtig. Dazu gehört vor allem Erfahrungsaustausch. Wir haben einmal in der Woche am Mittwoch ein Plenum für Wien und alle 6 bis 8 Wo-

chen österreichweite Plenas. Außerdem haben wir ein Büro.

Und was bietet ihr dort an? Ich habe gehört ihr macht Beratung für Betroffene.

Das ist umfassender. Beratung ist so ein komisches Wort. Mir geht es vor allem darum, dass die Leute wissen, was ihre Rechte sind und dass sie sich mit ihrer eigenen Situation auskennen und dass man nicht Bittstellerin wird. (...)

Welche Aktivitäten habt ihr in nächster Zeit geplant?

Naja wir demonstrieren weiter und dann müssen wir in nächster Zeit verzweifelt versuchen, Geld aufzutreiben.

Das Interview führte  
BARBARA FRÖSCHL  
(SLP-Wien)

► Langfassung des Interviews auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

## KUNDGEBUNG

## Ehe ohne Grenzen

jeden Mittwoch, 17:00  
vor dem Innenministerium  
(1, Herrngasse 7)

# Erneutes Foul gegen Handelangestellte?

## Gewerkschaft stimmte Sonntagsöffnung zu!

von Franz Neuhold,  
SLP Wien-West

In Österreich arbeitet über eine halbe Million Menschen im Handel und in verwandten Berufen. Mit der übermäßig hektischen Vorweihnachtszeit nehmen Belastung und Stress für diese deutlich zu. Die im letzten Monat abgeschlossenen Kollektivvertrags-Verhandlungen brachten allerdings kein weihnachtlich-festliches Ergebnis für die Beschäftigten, obwohl der Abschluss höher als letztes Jahr ausfiel. Keine Fortschritte gab es im Bereich Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Überstunden. Im Gegenteil drohen weitere Verschlechterungen mit der Sonntagsöffnung. Dafür muss übrigens die Fußball-Europameisterschaft herhalten.

### Erhöhung liegt unter Gewinnsteigerung

Viele Menschen mögen den Abschluß als relativ hoch positiv bewerten. Die Betonung muss jedoch auf "relativ" liegen. Tatsächlich liegen die 3,1 % (Mindestanhebung 45 Euro) über den 2,35 % vom Vorjahr. Doch angesichts der veröffentlichten Gewinnsteigerungen von 3,5 % im Handel (dem höchsten Wert in diesem Jahrzehnt) und den Verlusten für die Beschäftigten in den Lohnrunden der letzten Jahre sind 3,1 % nicht mehr

so großartig. Der Vergleich mit anderen bestätigt dies leider: Der Abschluss bei den Metallern bringt 3,5 % Prozent der Ist-Löhne (plus einer Einmalzahlung bis zu 200,-, die jedoch nicht in die Erhöhung in Folgejahren einfließen wird). Damit ist das Verhältnis der beiden im Vergleich zum Vorjahr zuungunsten des Handels-KV sogar leicht gesunken. Und das, obwohl in vielen Bereichen im Sommer noch echte 4 % gefordert wurde. Auch die VerhandlerInnen der GPA-DJP haben ihre ursprüngliche Zielsetzung von an die 4 % letztlich relativ weit verfehlt. Daran ändert auch die Tatsache nichts grundlegend, dass die Mindestanhebung von 45 Euro für die niedrigeren Einkommen (bis zu EUR 1.400,-) eine Anhebung von etwas über 3,1 % bedeutet.

### Unterschlagnene Überstunden-Zahlungen

Allein wieviel sich die Unternehmen im Handel nicht abgeleitete Überstunden unter den Nagel reißen, ist dramatisch: etwa 200 Mio. Euro; das entspricht 2,5 bis 5 % der gesamten Gehaltssumme! Genau diese und andere Themen rund um die Arbeitsbedingungen waren aus den KV-Verhandlungen ausgeklammert worden. Dazu soll es 2008 gesonderte "Reform"-Verhandlungen geben.



Sonntagsöffnung durch das Fußballtor?

Zum Öffnungszeitengesetz, dass Verschlechterungen für die Beschäftigten brachte, kommt nun die "Sozialpartner"-Einigung, dass während der Fußball-Europameisterschaft 2008 an Sonntagen offen bleibt. Damit ist den Unternehmen ein weiterer Durchbruch gelungen. Weitere Vorwände wie die EM werden sich schnell wieder finden. Der Druck auf die Beschäftigten wird wachsen. Hinzu kommt, dass sich laut einer aktuellen GPA-Studie ein großer Teil der ArbeitgeberInnen bezüglich der Arbeitsbedingungen von Lehrlingen nicht an die Rechtslage hält.

### Zerklüftete Arbeitszeiten

Ein weiteres wichtiges Problem für viele Handelsbe-

schäftigte sind die vielfach zerklüfteten Arbeitszeiten. Oft muss wegen zwei Stunden in den Betrieb gefahren werden, dann folgen einige Stunden Freizeit, die in Wahrheit keine ist (vor allem, wenn man weiter weg wohnt), um danach am selben Tag wieder einige Stunden voll zu arbeiten. Somit wird der Anteil echter Entspannungs- und Freizeitphasen deutlich verringert. Die Unternehmen wälzen die Folgen der umsatzschwächeren Tageszeiten auf die Beschäftigten ab. Daher wird von der Gewerkschaft eine zusammenhängende Mindestarbeitszeit von vier Stunden gefordert.

### Gewerkschaftliche Organisation kann Druck entwickeln

Weiterhin gibt es im Handel einen niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Die

GPA-DJP berichtet allerdings von mehreren tausend neuen Mitgliedern in der letzten Zeit. Das ist eine positive Nachricht. Es bleibt zu hoffen, dass mehr Mitglieder auch einen verstärkten Druck bringen, wenn es um die "Reform" des Handels-KV und Fragen wie eine zusammenhängende Mindestarbeitszeit von vier Stunden gehen wird.

Als Nicht-Handelsangestellte/r kann man zwar keinen direkten Einfluss auf KV-Verhandlungen etc. nehmen. Auf eines kann jedoch geachtet werden: Falls aggressive ZeitgenossInnen im Geschäft VerkäuferInnen bzw. KassierInnen anschauen (was immer häufiger passiert), ergreifen Sie lautstark Partei für diese. Nicht sie sind schuld an Personalmangel und Stress! Sie sind Opfer der Zunahme kapitalistischer Ausbeutung.

## Post: Protest

Bei der Post droht wieder Personalabbau, nachdem einige Großkunden (z.B. Quelle) von der Post weggingen. Besonders das Verteilerzentrum Linz ist in Gefahr.

Unmut herrscht über das lausche Auftreten der GPF-Spitze rund um Gerhard Fritz. Die oberösterreichischen Postbeschäftigten haben sich nun extra auch die Unterstützung des ÖGB-OÖ geholt. Mit Streik wird gedroht. "Bei näherer Betrachtung geht es dem Post-Management nur um eines: Den derzeitigen Verfall des Börsenkurses der Postaktie durch massive Einschnitte bei den Beschäftigten zu stoppen. Es sollen also Arbeitsplätze und damit Existenzen vernichtet werden, um den Aktionären eine Freude zu machen. Diese neoliberale Logik ist menschenverachtend und wird von uns mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden", meint der ÖGB-OÖ-Vorsitzender Kalliauer. SLP und Plattform werden alles Mögliche tun, dass dieses Versprechen nicht gebrochen wird.

## ÖBB: Unmut

FSG-Vorsitzender und Ex-GdE-Vorsitzender Haberzettl droht mit "Dienst nach Vorschrift" während der EM. Offizieller Grund: Die Gewerkschaft wird bei Versetzungen nicht eingebunden. Tatsächlich gärt es bei den EisenbahnerInnen. Viele sind mit der Personalknappheit und dem hohen Arbeitsdruck extrem unzufrieden. Viele schauen nach Deutschland, Frankreich und Ungarn, wo gestreikt wird. Ein EU-weites Auftreten mit Streiks gegen Zerschlagung, Privatisierung, Personalabbau und für bessere Arbeitsbedingungen wäre ein Gebot der Stunde.

## ALVG-Novelle: Kampagne

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) soll novelliert werden. Im Klartext heißt das, im Großen und Ganzen sollen die Bestimmungen bezüglich Zumutbarkeit und Berufsschutz gegenüber Arbeitslosen massiv verschlechtert werden. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften hat dagegen eine Protestmail-Aktion (<http://cms.gewerkschaftsplatform.org/alvg/protest/alvg.php>) ins Leben gerufen, die innerhalb von fünf Tagen weit über 250 Menschen unterzeichneten. Am 27. November 2007 fand vor dem Parlament eine Aktion statt, wo auf die Situation moderner "Arbeitsklaven" aufmerksam gemacht wurde. Näheres unter <http://cms.gewerkschaftsplatform.org>

Regelmäßig neue Infos zu Bahnstreik und GDL auf [www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Solidarität mit kämpfenden KollegInnen nötig!

# Europaweite Massenstreiks bei der Bahn

von Sven Hilberth,  
Betriebsratsobmann Radio  
ORANGE 94.0

Ungarn, Frankreich, Belgien, Deutschland: Massenstreiks im öffentlichen Verkehr, v.a. bei der Eisenbahn. Fehlendes Fahrpersonal, seit Jahren ausstehende Lohnerhöhungen, massenhaft sich anhäufende Überstunden sind konkret in Deutschland die Grundlage für den "größten Arbeitskampf in der Geschichte der deutschen Bahn (DB)", der von der GDL (Gewerkschaft, die Teile des fahrenden Personals der DB vertritt). Doch was steht hinter diesen Problemen?

### Jahrelange Verschlechterungen

1994 wurde bei der DB eine "Strukturänderung" eingeführt, die Teilbereiche neu gliederte. Einer der Effekte: die Gewerkschaft "transnet" bekommt für alle neu geschaffenen Bereiche eine Mehrheit für die Tarifverhandlungen. Seit dem wurden Verschlechterungen der Arbeitszeitregelung, Abbau von 200.000 Arbeitsplätzen (was einer Halbierung der Belegschaft gleichkommt), Abbau von Strecken des Schienennetzes kampfflos hingenommen. Mit Zustimmung

von transnet wurde eine Zeitarbeitsfirma im Eigentum der Bahn gegründet, und für die dort angestellten LeiharbeiterInnen ein wesentlich schlechterer Tarif(=Kollektiv-)vertrag ausgehandelt, als für die Stammbeslegschaft. Und Transnet-Chef Norbert Hansen wird vorgeworfen, er gehe Seite an Seite mit Bahn-Chef Mehdorn zur Börse, um dort die Bahn zu verschachtern.

### Börsegang und Prestigeprojekte

Der Börsegang der Bahn und somit Verkauf bringe viel Geld für den Staatshaushalt, der Gesamtwert der DB wurde bis Sommer 2007 mit 10-20 Milliarden Euro beziffert. Allein der neue Berliner Hauptbahnhof, der ursprünglich mit 370 Mio Euro prognostiziert wurde, kostete schließlich 1,1 Mrd. Euro, größtenteils aus öffentlicher Hand finanziert. In der jährlichen Statistik "Verkehr in Zahlen", die von Bundesverkehrsminister Tiefensee herausgegeben wird, brachte dann das aufgeführte Bruttoanlagevermögen einen Gesamtwert der DB von 181 Mrd. Euro zu Tage.

### Wer vertritt wirklich die Mehrheit?

Mutet es nicht als sehr absurd



an, dass 2/3 der deutschen Bevölkerung gegen eine Privatisierung der Bahn sind, aber 2/3 der Bundestagsabgeordneten dies befürworten? Ein großer Fehler ist es allerdings, dass die Lokführergewerkschaft (GDL) diese Frage bisher nicht aktiv aufgegriffen hat und sich nicht als Speerspitze gegen die Privatisierung versteht.

### Streikrecht akut bedroht - aber gemeinsam sind wir stark!

Alleine ein Vollstreik im kompletten Güterverkehr würde die deutsche Wirtschaft ca. eine halbe Milliarde Euro pro Tag kosten. Aufgrund des-

sen, und der Vorbereitung der dt. Bahn auf den Börsegang haben Gerichte bereits Streiks in diesem Bereich verboten. Solche Interventionen von Gewalten des Staates erinnern an die Zwangsschlichtungen in der Weimarer Republik (dt. Zwischenkriegszeit), wo ArbeiterInnen auf diese Art und Weise zur Arbeit gezwungen wurden. Was es dem Faschismus erleichtert hat, an die Macht zu kommen.

Von CDU und auch Rainer Wend, wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, wurde bereits öffentlich über eine Änderung von §9 des Grundgesetzes (Verfas-

sung) nachgedacht! Wenn aber Streiks erfolgreich sein sollen, müssen sie wirtschaftlichen Druck ausüben. Nur dadurch können nachhaltige Ergebnisse erzielt werden. In Österreich hatte man davor 2003 Angst. Unmittelbar vor den wirtschaftlichen Folgen für VOEST etc. wurde der Streik von GDE-Führer Haberzettl abgebrochen - eine Inkonzsequenz, die letzten Endes zu Personalabbau, verschlechterten Arbeitsbedingungen und Zerschlagung der ÖBB geführt hat ...

# Mafiakapitalismus und Diktatur in Russland

*Der Wahlsieger der Wahlen vom 2. Dezember in Russland stand im Vorhinein fest: Wladimir Putin. Auch wenn lange nicht klar war, in welcher Form, war doch sicher, dass er die Fäden der Macht weiter in der Hand halten wird.*

von Sonja Grusch, SLP-Wien

15 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ist die Bilanz düster: Weit entfernt von demokratischen Zuständen regiert "Zar" Putin über einen mafiösen Kapitalismus der die soziale Situation der Mehrheit der Bevölkerung verschlechtert hat. Westliche PolitikerInnen kritisieren zwar manchmal - verhalten - die diktatorischen Zustände. Aber als wirtschaftlicher und politischer Partner ist Putin doch willkommen. Für die Bevölkerung hat der Kapitalismus keine Verbesserungen gebracht. Im Gegenteil - die Lebenserwartung der Männer z.B. ist auf knapp 60 abgesunken - und liegt damit unter dem Pensionsantrittsalter. Die düsteren Perspektiven drücken sich auch in einer sinkenden Geburtenrate aus, der eine steigende Selbstmordrate gegenübersteht.

## Stalinismus konnte sich auf Dauer nicht halten

Die Russische Revolution vor 90 Jahren war eines der wichtigsten Ereignisse in der Menschheitsgeschichte. Erstmals stützten eine unterdrückte Klasse ihre Ausbeuter und errichtete eine neue Gesellschaft. Aber eine Reihe von Gründen - Ausbleiben der internationalen Revolution, Isolation der Sowjetunion, Rückständigkeit dieses ersten ArbeiterInnenstaates - legten die Basis für eine bürokratische Deformation der ursprünglichen Revolution. Obwohl der Kapitalismus abgeschafft worden war, entstand keine sozialistische (oder gar kommunistische) Gesellschaft, sondern eine bürokratische Kaste beherrschte das Land und die Wirtschaft mit brutalen Methoden. Ein Zustand, der aber nicht von Dauer sein konnte. "Eine Kugel, die man auf die Spitze einer Pyramide legt, muss unweigerlich auf die eine oder die andere Seite herunterfallen" schrieb der russische Revolutionär und Kämpfer gegen den Stalinismus Leo Trotzki. Das galt auch für die Sowjetunion. Sie zerbrach nicht an einer vermeintlichen Überlegenheit des Kapitalismus, sondern an ihren eigenen Widersprüchen. Dass Russland heute eine Weltmacht ist, liegt paradoxerweise auch in der Überlegenheit der Planwirtschaft (selbst in ihrer bürokratischen, deformierten Form) über das kapitalistische Chaos. Erst die geplante Wirtschaft machte Russland zu einer Industrienation und schuf eine hochqualifizierte ArbeiterInnenklasse. Aus diesen Ressourcen schöpft der russische Kapitalismus noch heute.

## Russischer Mafiakapitalismus

Der nach 1991 entstandene russische Kapitalismus selbst ist demgegenüber ein schwacher und mafiöser. Die 1992 begonnene Privatisierung erfolgte mittels eines Voucher-Systems das dazu führte, dass sich Teile der ehemaligen Staatsbürokratie die besten Stücke zu Spottpreisen zuschanzten. Binnen kürzester Zeit entstand so eine kleine, superreiche Schicht von "Oligarchen". Putin nützt heute die kriminellen Machenschaften dieser Schicht für seine Zwecke. Sie alle haben die Basis für ihren Reichtum mittels Korruption, Bestechung und illegaler Bereicherung gelegt. Das ist allgemein bekannt.

Bei seinem Amtsantritt hat Putin eine Vereinbarung mit den Oligarchen geschlossen, dass sich diese nicht in die Politik einmischen, er dafür ihre Geschäfte nicht angreift. Wer sich, wie

Jukos-Chef Michail Chodorkowski nicht daran hält, wird vor Gericht gebracht. 70% der russischen Bevölkerung wollen eine Neuverteilung des Besitzes, den sich die Oligarchen in der Plünderzeit angeeignet haben. Putins Vorgehen gegen einzelne von ihnen ist daher nicht unpopulär. Sie alle haben Dreck am Stecken, nur pickt er sich jene heraus, die ihm in die Quere kommen.

teil der offiziell nicht-armen Bevölkerung lebt meistens nur knapp über der Armutsgrenze. Außerhalb der Metropolen leben die Menschen in Ortschaften ohne gepflasterte Strassen, können sich kein Fleisch leisten und wissen nicht, wie sie über den Winter kommen sollen.

Die Strukturen der russischen Wirtschaft entsprechen heute keineswegs jenen eines modernen Industriestaates - seit dem Niedergang der



## Wackelige Basis

Seit einigen Jahren boomt die russische Wirtschaft wieder (wobei sie dabei gerade erst etwa das Niveau von Anfang der 1990er Jahre erreicht hat). Die Basis dafür ist im Wesentlichen der hohe Öl- und Gaspreis. Russland verfügt über 10% der Weltölreserven und über etwa ein Drittel der Weltgasvorkommen. Bei der Förderung beider Rohstoffe liegt man auf Platz 1. Der hohe Ölpreis hat Putin in den letzten Jahren gutgefüllte Kassen gebracht. Aber während die ArbeiterInnenklasse für die vergangenen Krisen zahlen musste, profitiert sie vom aktuellen Aufschwung kaum. Der Zusammenbruch der Wirtschaft Anfang der 1990er Jahre, gefolgt von der Finanzkrise 1998 und einer starken Rubelabwertung, hat den Lebensstandard drastisch gesenkt, der nach wie vor unter dem Niveau von 1991 liegt. Die Entstehung einer kleinen, reichen und superreichen Schicht darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Armutskrankheiten wie TBC und Colera wieder nach Russland zurückgekehrt sind. Moskau ist heute teurer als New York, aber das Durchschnittseinkommen liegt weit niedriger und insbesondere die ArbeiterInnenklasse leidet unter der hohen Inflationsrate. Die Einkommensunterschiede zwischen den reichsten und den ärmsten 10% sind von 1:4 Ende der 1980er Jahre auf heute 1:14 gestiegen. Offiziell leben 13% der MoskauerInnen unter der Armutsgrenze. Nur ist diese Armutsgrenze so niedrig angesetzt, dass viele der Armen offiziell nicht unter sie fallen. Der Groß-

Sowjetunion wurde kaum investiert. Die häufigen Grubenunfälle sind nur ein (schreckliches) Indiz dafür. Ähnlich wie in ehemaligen Kolonien bilden Rohstoffe (Öl und Gas) die wichtigste Einnahmequelle. Aber was geschieht mit dieser zur Zeit komfortablen Basis, wenn der Ölpreis sinkt?

## "Zar" Putin

Putin ist der aktuelle und künftige starke Mann Russlands. Er kontrolliert die Medien, große Teile der Wirtschaft und die Justiz. Er ist kein Antikapitalist sondern benützt den Kapitalismus auch für großrussische Machtbestrebungen. Wenn er Medienunternehmen oder Konzerne wie Jukos zerschlägt oder wie die Gasprom unter staatliche Kontrolle bringt, dann geht es nicht um eine "sozialistische" Verstaatlichungspolitik, sondern um eine in Diktaturen durchaus übliche Form von Staatskapitalismus. D.h. der Staat tritt als Kapitalist auf, um gewisse politische und ökonomische Ziele zu verfolgen. Die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse ist unter diesen Bedingungen alltäglich. Wenn Putin sich heute wieder gewisser sowjetischer Symbole bedient, so hat das keine ideologischen Gründe, sondern weist bloß auf ein Gespür für eine gesellschaftliche Stimmung hin. Viele sehnen sich nach der "guten alten Zeit" zurück, als jedeR einen sicheren Job und eine gewisse soziale Absicherung hatte.

Das Putin kein Demokrat ist, ist allgemein bekannt. Schon die erste Verfassung unter kapita-

listischen Vorzeichen von 1993 war nur mäßig demokratisch, unter Putin wurde sie noch weiter ent-demokratisiert. So werden z.B. Gouverneure in den Provinzen nicht mehr gewählt, sondern direkt von Putin ernannt. Oppositionelle werden verfolgt, Morde wie jener an der kritischen Journalistin Anna Politkowskaja, die dem Regime nutzen, bleiben unaufgeklärt. Nach Putins Machtantritt kam es zu einem Machtkampf. Allerdings verlief dieser nicht zwischen "Demokraten" und "Anti-Demokraten", sondern zwischen VertreterInnen verschiedener Wirtschaftskurse bzw. verschiedener Flügel des Kapitals. Jener von Putin, der für einen starken Staat steht, hat vorerst gewonnen.

## Supermacht Russland

In den letzten Jahren hat Putin auf der Basis eines wirtschaftlich wieder erstarkten Russlands auch auf dem internationalen Parkett wieder schärfere Töne angeschlagen. Vor dem Hintergrund eines starken Ölpreises tritt er selbstbewusst den Allmachtbestrebungen der USA gegenüber. Aber auch hier geht es nicht um unterschiedliche Ideologien. Die Opposition zum Irakkrieg entsprang keiner anti-imperialistischen Position, sondern den regionalen Machtinteressen Russlands. Die Rechte des palästinensischen Volkes sind Putin egal. Aber eine Anerkennung der Hamas-Regierung bestärkte die politischen Ambitionen.

Als Druckmittel wurden in den letzten Jahren die Öl- und Gaslieferungen eingesetzt. Die EU, Polen, die Ukraine und andere bekamen diese Politik zu spüren. Wer nicht spurt, friert. Auf diese Weise versucht Putin auch jene ehemaligen sowjetischen Republiken unter Kontrolle zu halten, die zu offen mit der EU oder den USA liebäugeln.

Besonders deutlich wird der großrussische Chauvinismus des Putin-Regimes in Tschetschenien. Im Gegensatz zu den Bolschewiki, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker verteidigten und unmittelbar nach der Revolution auf alle großrussischen Gebietsansprüche verzichteten, knüpft Putin an den großrussischen Chauvinismus der Stalinisten an. Seit Jahren wird ein brutaler Krieg gegen Tschetschenien geführt - und damit erfolgreich auch von der eigenen Politik abgelenkt. Ein Krieg ist immer auch ein Mittel der Herrschenden den Fokus von der Innen- auf die Außenpolitik zu lenken.

Die Schwäche der Opposition liegt nicht nur an den Beschränkungen und Verfolgungen durch Putins Mannen. Sie liegt v.a. in ihrer Programm- und Alternativlosigkeit. Teilweise unterstützt sie den grossrussischen und rassistischen Kurs sogar.

Die Schwesterorganisationen der SLP arbeiten in mehreren Staaten der ehemaligen Sowjetunion - in Russland, der Ukraine, Kasachstan und Moldowien. Staatliche Einschüchterung und Verfolgung gehört zum täglichen politischen Leben der Mitglieder von Sotsialisticheskoye Soprotivleniye (Sozialistischer Widerstand) in Russland. Sie tritt für demokratische Grundrechte und eine sozialistische Gesellschaftsveränderung ein. Ein zentraler Teil der Arbeit ist der Aufbau von ArbeiterInnenparteien mit einem sozialistischen Programm. Bei diesen Wahlen gibt es eine solche, sozialistische Alternative noch nicht. Aber die Kämpfe von ArbeiterInnen und Jugendlichen in Russland und anderen GUS-Staaten sind die Basis, auf der solche Parteien entstehen werden.

# “Politisches Leben stark kontrolliert”

Interview mit Rob Jones, Mitglied von  
Sozialistischer Widerstand, der russischen Schwesterorganisation der SLP.

Was wird im Dezember bei den Parlamentswahlen geschehen?

Es gibt kaum Zweifel dass Putins Partei "Einiges Russland" eine große Mehrheit der Parlamentssitze erhalten wird. (...) Ein Grund dafür ist, dass Putin das Glück hat, das seine Herrschaft mit einem dramatischen Wirtschaftswachstum zusammenfällt, dass seine Grundlage in den hohen Preisen von Öl am Weltmarkt hat. Viele Menschen haben daher das Gefühl, dass die Horrorperiode der 1990er Jahre vorbei ist, als Russland von Putschen, ethnischen Konflikten, ökonomischen Zusammenbrüchen und Hyperinflation erschüttert wurde. Außerdem sind die Oppositionsparteien unfähig, der Unzufriedenheit, die immer noch in der Gesellschaft existiert, eine Stimme zu geben. Und um ganz sicher zu gehen, dass es keine Überraschungen gibt, stellt der Kreml sicher, dass der Wahlprozess hochgradig kontrolliert wird. (...) HochschuldirektorInnen instruieren ihre Studierenden, sich an pro-Putin Demonstrationen zu beteiligen, wenn sie Prüfungen bestehen wollen. Beschäftigte erhalten von der Firmenleitung Anweisungen, wie sie wählen sollen.

Was ist der Charakter von "Einiges Russland"?

"Einiges Russland ist die wichtigste pro-Kreml Partei, die eine Mehrheit in beiden Häusern und allen regionalen Verwaltungseinheiten hat. Bis vor kurzem war die Position des Kremls, zwei pro-Kreml-Parteien zu fördern, ein "rechtes" Standbein ("Einiges Russland") und ein "linkes" Standbein ("Gerechtes Russland"). Enorme Ressourcen wurden hineingepumpt, um die künstlich geschaffene "linke Alternative" zu fördern, die geschaffen worden, war um das Bild eines Mehrparteiensystems zu präsentieren und auch, um Unterstützung für die KP zu untergraben. Diese neue "Partei" wird von Sergei Miro-

nov geführt, dem Sprecher des Oberhauses (der bei den letzten Präsidentschaftswahlen unter dem Motto "wählt nicht mich, weil Putin ist der beste Kandidat" angetreten war) und der nun seine Propaganda mit sozialistischer Rhetorik aufpeppt und für einen "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" aufruft.

Aber nun haben Putins Wasserträger ihre Position geändert. Nun meinen sie, damit Putin nach den Präsidentschaftswahlen bis Anfang nächstes Jahres (laut Verfassung kann Putin nur zwei Legislaturperioden regieren) an der Macht bleiben kann, muss "Einiges Russland" die größtmögliche Mehrheit bei den Wahlen im Dezember erringen. Putin hat verkündet, dass er der Spitzenkandidat sein wird und hat damit "Gerechtes Russland" de facto ausgebootet.

"Einiges Russland" tut so, als ob sie die Architekten des Wirtschaftswachstums und von Stabilität wären und das beides natürlich vom Vater der Nation, Putin, angeführt wird. Seitdem Putin an die Macht gelangt ist, hat die Regierung neoliberale Reformen des Sozialstaates verstärkt und hat Elemente der staatlichen Kontrolle wieder eingeführt. In strategischen Industrien (speziell im Rüstungsbereich) gab es umfassende staatliche Investitionen. Das zivile und das politische Leben ist stark kontrolliert durch den Staat, die Polizei und den FSB (früherer KGB) und auch auf der internationalen Bühne wird Russland zunehmend aggressiv. (...)

Was geht eigentlich in der Wirtschaft vor?

Auf der Basis des Ölbooms hat sich der Lebensstandard einer nicht unwesentlichen Schicht der Bevölkerung verbessert. Aber trotz einer Reihe von Verhaftungen auf höchster Ebene, inklusive eines stellvertretenden Finanzministers in dieser Woche, ist die Korruption dramatisch angewachsen. Laut "Transparency International" ist Russland von Platz 127 auf

145 abgefallen. Ein anderer Bericht hat aufgezeigt, dass es heute dreimal so viele Bürokraten gab wie zu Breschnews Zeiten. Aber während es einen Kapitalfluss in die Wirtschaft gibt, fehlen in Schlüsselbereichen der Wirtschaft und der Infrastruktur Investitionen um den weiteren Verfall zu stoppen. (...)

Was sind die wichtigen oppositionellen Kräfte?

Von den 15 Parteien, die zur Wahl zugelassen sind haben nur drei irgendeine Form der Opposition zum Kreml gezeigt. Die zwei neuen neoliberalen Parteien Yabloko und die Union der rechten Kräfte haben kaum wirkliche Unterstützung in der Gesellschaft, weil sie mit dem katastrophalen wirtschaftlichen Zusammenbruch in den 1990er Jahren in Verbindung gebracht werden. Aber auch wenn die KP eventuell auf den zweiten Platz kommt, so hat sie doch bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, Opposition zu mobilisieren. Ihre WählerInnenbasis sind Ältere, die von den Tagen träumen, als Russland (als UdSSR) ein starker Staat mit einer stabilen Wirtschaft war der sich auf internationaler Ebene verteidigen konnte. Viele von ihnen sehen auch, dass Putin Schritte gesetzt hat, um das zu erreichen.

Was ist mit "Anderes Russland"?

Eine Organisation, die nicht antreten darf, ist "Anderes Russland". Es ist eine sonderbare Allianz zwischen dem neoliberalen Schachspieler Gary Kasparov und dem ehemaligen Premier (unter Putin) Kasyanov mit der neofaschistischen "National-Bolschewistischen Partei" und der neo-stalinistischen "Avantgarde der Kommunistischen Jugend". Unterstützt wird das ganze von westlichen Diplomaten und Medien die darin eine Form von "orange Opposition" (in Anlehnung an die Ereignisse in der Ukraine)

sehen. Trotz einiger von den Medien hochstilierter Demonstrationen, die von der Polizei brutal zerschlagen wurden, hat diese Organisation keine Unterstützung in der Gesellschaft aufbauen können und bricht bereits wieder auseinander.

Und die extreme Rechte?

Die extreme Rechte ist eine ernste Gefahr. Obwohl das Regime offiziell gegen "Extremismus" vorgeht, was zur Zeit v.a. bedeutet gegen rechts-extreme Gruppen, sind Nationalismus und Rassismus tief verankert in der Gesellschaft. Das Regime hat gezeigt, dass, wenn es ihm nützt, wie bei der jüngsten Kampagne gegen Estland, es bereit und in der Lage ist, eine rassistische Stimmung aufzuwiegen. Ein Ergebnis davon ist auch, dass rassistische Angriffe und Morde durch Skinhead-Gangs zunehmen.

Was wird also geschehen?

Das herrschende Regime stellt sicher, dass Putin nach den Wahlen in welcher Form auch immer an der Macht bleiben wird. (...) Gleichzeitig gibt es von der ArbeiterInnenklasse erste Anzeichen für eine Organisierung, wenn auch auf einem sehr niedrigen Level. Anfang des Jahres gab es eine Streikwelle v.a. in multinationalen Betrieben. Nach einem Abebben gibt es nun Anzeichen für eine Wiederkehr dieser Proteste. Die ArbeiterInnen bei Ford drohen wieder mit Streik und unter dem Einfluss der Ereignisse in Deutschland und Frankreich drohen die EisenbahnarbeiterInnen mit Streik in der Woche vor den Wahlen. Das sind die ersten zarten Pflänzchen einer neuen, machtvollen Opposition, die unweigerlich entstehen wird.

► Langfassung des Interviews auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

## Was bleibt vom roten Oktober?

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Die Oktoberrevolution war wohl das wichtigste Ereignis der Menschheitsgeschichte. Zum ersten Mal ergriffen die ArbeiterInnen und Bauern in einem ganzen Land die Macht. Zum ersten Mal wurden Land und Fabriken aus der Hand der Großgrundbesitzer und Unternehmer genommen und von den ArbeiterInnen und Bauern gemeinsam demokratisch genutzt. Was sind die Lehren, die wir daraus für unsere eigene Zukunft ziehen können?

### Aufstand!

Mit der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des russischen Volkes stürzten bewaffnete ArbeiterInnen am 26. Oktober (7. November) 1917 die provisorische Regierung in Petrograd.

Der all-russische Sowjetkongress, der am Tag nach dem Sieg des Oktoberaufstandes zusammentrat stellte die Weichen für die Zukunft der Revolution. Er erließ einen Aufruf an die Völker der kriegführenden Länder für einen "Frieden ohne Annexionen und Kontributionen" zu kämpfen. Der Großgrundbesitz wurde unter den LandarbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen aufgeteilt. Millionen Menschen besaßen zum ersten Mal seit Jahrhunderten selbst den Boden, den sie bewirtschafteten. Den Völkern des russischen Vielvölkerstaates wurde das Recht auf nationale Selbstbestimmung zugesagt.

### Die Revolution wird international

In den Jahren nach der Oktoberrevolution feg-

te ein revolutionärer Sturm durch Europa. Millionen ArbeiterInnen und Soldaten in Deutschland, Österreich, Ungarn, Frankreich, Italien, Finnland, etc. wollten es den RussInnen gleich tun und erhoben sich gegen die alte Gesellschaft, die sie in die Schrecken des Weltkriegs getrieben hatte.

Doch die FührerInnen der sozialdemokratischen Parteien, wenige Jahre zuvor noch die Parteien der ArbeiterInnenklasse, stellten sich schützend vor den Kapitalismus. In Deutschland kooperierte die SPD-Regierung sogar mit den semifaschistischen Freikorps. Die Revolution(en) hinterließen zwar überall tiefe Spuren - neben soziale Reformen kam es zur Bildung neuer, kommunistischer Massenparteien. Die revolutionäre Welle ebte allerdings 1923 vorerst ab.

### Errungenschaften ...

Eine Vielzahl von sozialen und demokratischen Errungenschaften begleiteten den revolutionären Prozess in Russland selbst; dem einst reaktionärsten Land der Welt. Das Frauen- und AusländerInnenwahlrecht wurde eingeführt. Gewalt in der Familie - sowohl gegen die Frau als auch gegen die Kinder - wurde zum ersten Mal verboten und streng verfolgt. Das Recht auf Abtreibung wurde eingeführt und die Diskriminierung von Homosexuellen abgeschafft.

Zum ersten Mal wurde ein modernes Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystem aufgebaut, das, trotz der beschränkten Mittel, ein Vorbild für alle modernen Sozialsysteme darstellte. Der Arbeitstag in den Betrieben wurde von ehemals zehn, zwölf, oder noch mehr Stunden auf acht reduziert.

### ... und Rückschläge

Die wirtschaftliche Rückständigkeit Russlands, der Weltkrieg und der jahrelange Kampf gegen die Konterrevolution und ausländischen Interventionsarmeen führten zu Hungersnöten und einem dramatischen Rückgang der industriellen Produktion. Das, und die internationale Isolation Sowjetrusslands begünstigte das Wuchern bürokratischer Tendenzen im Land. Die FührerInnen der Revolution von 1917, allen voran Trotzki und Lenin, bekämpften die ausartende Bürokratisierung des Sowjetstaates. Bereits Mitte der 20er Jahre erwies sich diese neue Bürokratie allerdings als übermächtig; und begann schließlich sogar - in Form von Stalins Fraktion - die bolschewistische Partei schrittweise zu übernehmen. Einmal an der Macht, nahm Stalin - dessen Absetzung Lenin noch vor seinem Tod (1924) gefordert hatte - einen großen Teil der noch bestehenden Errungenschaften der Revolution wieder zurück. Abtreibung und Ehescheidung wurden verboten, da Industrie und Rote Armee ArbeiterInnen und Soldaten brauchten. Die demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch die Beschäftigten wurde zu Gunsten eines bürokratischen Plans abgeschafft.

### Die Lehren für die Zukunft

Trotz aller Rückschläge, die durch den Stalinismus entstanden, sehen wir sogar heute noch Leistungen, die die russische Revolution vollbrachte. Innerhalb weniger Jahre, wurde ein größtenteils agrarisches Land durch die Über-

### 90 Jahre Russische Revolution

Broschüre mit Texten von Lenin, Trotzki, Liebknecht, Zetkin, Reed, ...  
56 Seiten, EUR 3,50 (inkl. Porto)



windung des Kapitalismus in eines der führenden Industrienationen der Welt umgewandelt. Und das obwohl die Wirtschaft bürokratisch und ohne Einbindung der ArbeiterInnen geplant wurde. Der Analphabetismus, der 1917 landesweit noch bei 74% war, wurde praktisch vollkommen beseitigt.

Beim Vergleich der Russischen Revolution und den Revolutionen in Deutschland, Österreich, Ungarn, etc. zeigt sich ein markanter Unterschied: In Russland bestand mit den Bolschewiki eine bewusste revolutionäre Massenpartei. Eine solche ist unbedingt nötig, um die Kräfte der ArbeiterInnen und der Jugend zu bündeln und damit den Sieg über den Kapitalismus zu erreichen.

Diese Aufgabe stellt sich heute genau so, wie vor 90 Jahren. Der Aufbau einer neuen revolutionären ArbeiterInnenpartei ist nicht nur in "alltäglichen" Kämpfen wichtig, sondern ist vor allem eine Voraussetzung für den Sturz des Kapitalismus und den Aufbau einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft. Neben der "Lehre", dass eine andere, nicht kapitalistische Welt möglich ist, gehört deshalb für uns die Arbeit am Aufbau einer solchen unabhängigen ArbeiterInnenpartei zu den wichtigsten Schlußfolgerungen, die man aus den Erfahrungen der Oktoberrevolution ableiten kann.

## Rote Geschenksideen – Buchtipps

Charly Krump Schmid empfiehlt:

Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen

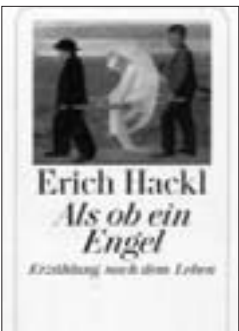


Dieses Buch ist schon etwas länger auf den Markt. Es behandelt jedoch höchst aktuelle Floskeln und Slogans aus Wirtschaft und Politik und liefert sehr gute Argumente, warum es z. B. vielen nicht gut geht, "wenn's der Wirtschaft gut geht". In leicht lesbarer Form werden politisch, wirtschaftlich oder sozial "notwendige Maßnahmen" und deren oft fatale Folgen für das Gros der Bevölkerung analysiert. Für die tägliche politische Diskussion ein hilfreicher Ratgeber.

EUR 13,80, VSA 2005, ISBN 3-89965-119-7

Michi Gehmacher empfiehlt:

"Als ob ein Engel" von Erich Hackl



Dank der Entschlossenheit Arigonas, wurde das Thema Asyl einmal von der Warte der Betroffenen aus debattiert. Wir beteiligten uns an den Demonstrationen in Frankenburg, Wien und am Schulstreik. Wichtig war uns dabei klar zu machen, dass es viele "Arigonas" gibt. Ebenso kam es dank der Initiative der SLP-Linz zu einer gemeinsamen Demonstration gegen den Burschenschaftlerkommers in Linz.

### Oktoberfeiern

Vieles tat sich um den runden "Geburtstag" des Oktoberaufstands 1917: wir brachten eine neue Broschüre heraus und veranstalteten ein Seminar in Petronell/Carnuntum. Mit Beteiligung aus Wien, Linz, Klosterneuburg, Klagenfurt, Radstadt, Hallein, Salzburg Stadt und einem Besuch aus Köln ein voller Erfolg. Neben Politik war vor allem gute Musik, "Wuzzeln", Filmschauen und gemeinsames Kochen ange-

Hackl versteht es, den vielen Menschen, deren Widerstand gegen Diktatur und Faschismus fast unbekannt ist, ein würdiges Denkmal zu setzen. Im aktuellen Buch geht es um den Widerstand gegen die argentinische Militärdiktatur, Hackl beschreibt die Kontinuität von der Vertreibung durch die Nazis zum Widerstand in Lateinamerika. Immer wieder zeigt er auf, dass vor allem die sogenannten "kleinen Leute" die stillen HeldInnen waren. Auch in diesem Buch ist das gelungen. Es ist außerdem unheimlich spannend.

EUR 17,90, Diogenes 2007, ISBN 3-257-06595-7

Nora Brandes empfiehlt:

"So starb eine Partei", Jura Soyfer – Werkausgabe Bd. III, hrsg. v. Horst Jarka



Das Romanfragment unterzieht die österreichische Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit der Kritik eines enttäuschten Mitglieds. Soyfer skizziert eine Parteispitze, die Stück für Stück vor dem aufkommenden Austrofaschismus zurückweicht und die kämpferischen Ambitionen der Basis bremst. Er sieht den Grund für den Sieg des Faschismus nicht in der Stärke der Faschisten, sondern in der

Schwäche der Partei selbst: der Korruption der Führung. Insofern ist der Roman aktueller denn je, denn auch heute haben ArbeiterInnen oft mit einer Gewerkschaftsspitze zu tun, die ihre Kampfbereitschaft bremsen will. geb. Werkausgabe EUR 77,- (4 Bände), Deuticke 2002, ISBN 3-216-30643-7

John Evers empfiehlt (I):

Was will die rote Lucy? Ein Gespräch mit der Rebellin Redler



Lucy Redler, rebellische Herausforderin von Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Co. in der bundesdeutschen "Linken", stellt sich den zuweilen kritischen und unfreundlichen Fragen des Autors und Journalisten Robert Allert. Die Tageszeitung "Junge Welt" kommentierte: "Trotz seiner Bedenken und nicht zu übersehenden Animosität gegen den "Trotzkismus" kommt er zum Schluß, Redlers Zeit werde "noch kommen, weil ihre Einschätzung durchaus zutreffend ist: »Der Mainstream bricht auf, Begriffe wie Sozialismus und Antikapitalismus werden wieder salonfähig, der Nährboden für eine neue Politik ist vorhanden." Gehört also unter jeden Weihnachtsbaum!

EUR 7,90, Verlag edition ost, 2007, ISBN 3-360-01088-4

John Evers empfiehlt (II):

EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen. von Hannes Hofbauer



Die zweite, stark veränderte und aktualisierte Auflage ist - ohne Übertreibung - ein unverzichtbares Standardwerk für alle die sich kapitalismuskritisch mit der "Osterweiterung" auseinandersetzen wollen. Der Autor ist ein profund Kenner der Region und rechnet scharf mit den Mythen und Märchen der "blühenden" Landschaften nach dem Fall des eisernen Vorhangs ab. Eine Sichtweise auf (mögliche) sozialistische Gegenströmungen fehlt allerdings weitgehend - ganz so als ob es keine unabhängige Linke in diesem Raum gäbe, bzw. geben könn(t)e. Umso ausgeprägter stellt sich daher leider das Verständnis für nationalistische (Pseudo-) "Alternativen" in den neuen EU-Mitgliedsländern dar.

EUR 19,90, Promedia Verlag, 2. Auflage 2007, ISBN 3-85371-273-8

Alle Bücher zu beziehen in Lhotzkys Literaturbuffet  
Taborstraße 28/  
Eingang Rotensterngasse  
1020 Wien

SLP: Aktiv im Oktober und November

## "Dass ihr so klein seids und so viel Aufsehen erregts ..."

von Michael Gehmacher, SLP-Büro Wien

sagt. Am 6.11.07 ging die Oktoberrevolutionsveranstaltung in Klagenfurt über die Bühne. Beim "anderen Oktoberfest" am Jahrestag in Wien hatten viele InteressentInnen und FreundInnen Gelegenheit, die SLP näher kennen zu lernen.

### Anti-AFP-Demo in Wien

Ein besonderer Höhepunkt war der 8.11 mit der Demonstration gegen das "Stüberheim" der AFP in Wien 16. Die Demo war ein erfolgreicher nächster Schritt unserer Kampagne. Wir hatten einen kämpferischen Block, Trommeln und gute Stimmung trotz Kälte. Wir verkauften über 35 mal unser "Vorwärts", in erster Linie an PassantInnen. Trotz der Kälte beobachteten uns viele Leute. Es war ein wichtiges politisches Signal, an dem auch das Bezirksjournal nicht vorbei konnte: Der Kampf gegen die AFP kam auf die Titelseite des Bezirkteils, es gab einen ausführlichen Bericht von der Demo und unserer Unterschriftenübergabe beim Bezirksvorsteher.

### Wien 20: Nicht die Moscheen sind das Problem sondern die Nazis

Auch in Wien Brigittenau rund um das Gebetshaus hat sich viel getan: Ein Teil war die Veranstaltung "Nicht die Moscheen sind das Problem sondern die Nazis" mit BV-Stellvertreter Hannes Dörfler im heillos überfüllten "Piwnica". Die BesucherInnen der "sog. Bürgerinitative Dammstrasse" fühlten sich bemüßigt, sich von FPÖ und Neonazis abzugrenzen und betonten ihre teilweise jahrzehntelange SPÖ-Mitgliedschaft.

Vielleicht begreift ja ein Teil der sogenannten "Bürgerinitative" jetzt, was sie angerichtet hat. Ein Indiz dafür: Bei einer Kundgebung im "Hugo Gottschlich Park" am 16.11 war auch die Anmelderin der Demonstration der "Bürgerinitative" im September anwesend und fotografierte fleißig. Bei einer heftigen Diskussion meinte sie unter anderem zu uns (obwohl wir diese Kundgebung gar nicht veranstaltet hatten): "Wenn ihr nicht dauernd betonen würdet, dass Na-

zis bei der unsere Demonstration waren, wären wir schon viel erfolgreicher", außerdem: "Wir werden uns jetzt genau anschauen wo her ihr das Geld habt, dass gibts ja nicht dass ihr so klein seids und so viel Aufsehen erregts".

Danke für das Kompliment! Wer sich wie die "Bürgerinitative" die Homepage von der FPÖ zahlen lässt, kann sich offensichtlich nicht vorstellen, dass man mit Einsatz & richtigem Programm viel bewirken kann. Und dass wir über Spenden, Materialverkauf und Mitgliedsbeiträge unsere politische Arbeit finanzieren.

Apropos: Wir freuen uns über eine X-Mas Spende! Und über Deine Mitarbeit!

### SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. PSK 8812.733

## DIE SLP-TREFFPUNKTE

### LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr, "Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

### NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

### SALZBURG

Salzburg Stadt  
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr, "Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

### Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr, "Lechenauers", Molnarplatz 16

### Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

### KLAGENFURT

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Jugendherberge - Neckheimgasse 6

### WIEN

Jugend-Gruppe  
jeden Montag um 18 Uhr, Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

### SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr, Fünfhauser Stüberl, 15., Löhrgasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

### SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 19 Uhr, Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

### SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr, Halikarnas, 5., Ecke Spengergasse/Siebenbrunnengasse (U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



**VORWÄRTS** ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

**VORWÄRTS** ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

**VORWÄRTS** ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

### Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10  
oder EUR 18,00\* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!  
\*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00  
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

# www.slp.at



www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt. Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



## Neues aus dem GWI

### Sofortige Freilassung von Saburi Akande Akinola, Taiwo Hassan Soweto und Olatunde Dairo!

Am 23. Oktober trafen sich mehrere AktivistInnen der Sozialistischen Linkspartei (SLP) vor dem Gebäude der nigerianischen Botschaft in Wien. Anlass unserer Protestkundgebung war die vollkommen willkürliche Verhaftung von drei Genossen in Nigeria, sowie die zwangsweise Exmatrikulierung von 13 StudentInnen an der Universität von Ile-Ife im Bundesstaat Osum.

Was war passiert? Am 11. Oktober beschlossen die StudentInnen der Universität rund um die Campaign for Education Rights - CDR (Kampagne für das Recht auf Bildung) massive Protestaktionen gegen das neoliberale Sparprogramm der Regionalregierung. Die Universitätsleitung reagierte sofort mit Exmatrikulierungen und Repression. Kurzfristig wurde sogar die Universität geschlossen. Der, von der herrschenden Elite korruptierte, Staatsanwalt stellte drei Studenten sogar unter einen absurden Mordverdacht. Die drei sind seither in Haft. Sie sind Mitglieder des Democratic Socialist Movement - DSM, der Schwesterorganisation der SLP in Nigeria.

Unsere Protestkundgebung war Teil eines internationalen Aktionstags gegen die Repression in Nigeria. Am selben Tag fand in Nigeria eine große Kundgebung vor dem regionalen Berufungsgericht und Solidaritätskundgebungen rund um den Globus statt.

### Dublin: Streik der Busarbeiter endet mit Zugeständnissen

Zwischen 12. und 18. November haben 480 Busarbeiter in Dublin/Irland erfolgreich gegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen gestreikt. Konkret sollte für einige Busfahrer eine Art Zusatzfahrt eingeführt werden. Socialist Party Mitglied and SLP-TU Betriebsrat John McCamley kommentiert dazu: "Auch wenn die Neuerungen zunächst nur eine kleine Anzahl an Beschäftigten betroffen hätte, realisierte die Mehrheit, dass das nur der Beginn von Angriffen auf uns alle sein würde." Genau dieser befürchtete "Generalangriff" konnte nun durch den Streik verhindert werden.

[www.socialistworld.net](http://www.socialistworld.net)

## Pakistan: Aufstand gegen Musharraf?

# Sozialistische Alternative nötig!

von Lisa Wawra,  
SLP-Wien

Am 3. November rief General Musharraf den Ausnahmezustand in Pakistan aus und verhängte das Kriegsrecht. Die offizielle Erklärung dafür: Der Kampf gegen den islamischen Terror. Doch diesen Schritt unterstützen inzwischen nicht einmal mehr die USA.

### Wachsende Oppositionsbewegung

Tatsächlich sind nämlich eigentlich nicht die Islamisten die zentrale Gefahr für Musharraf, sondern vielmehr die immer stärker werdende säkulare politische Opposition. Besonders die Richter, die lange das Militärregime unterstützt hatten, wehrten sich zunehmend gegen die Willkür von Musharraf. Als schärfster Gegner des Diktators wird derzeit der oberste Richter Iftikhar Chaudhry wahrgenommen. Auch in den Medien und nicht zuletzt auf der Straße wurden die Proteste gegen die illegitime Regierung immer lauter. General Musharraf, der sich 1999 zum Präsidenten putschte, wurde durch die Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien im "War on Terror" politisch wie auch finanziell wesentlich gestärkt.

### Musharraf's Herrschaft bröckelt

Selbst von Seiten der Armee wird Musharraf wegen seines Deals mit Benazir Bhutto, der

früheren Premierministerin und Präsidentin der Pakistans People Party (PPP), scharf kritisiert. Die Vorverlegung der Wahlen vom zuerst angekündigten Februar auf Jänner 2008 kann als erstes Ergebnis der Proteste gewertet werden. Der Putsch, denn nichts anderes ist die Verhängung des Ausnahmezustands, stößt im Westen nicht gerade auf Sympathie. Die Ankündigung vom Amt des obersten Militärschefs zurückzutreten und eine Demokratie zu installieren ist nicht glaubwürdig; die Aktion insgesamt ein waghalsiges Unternehmen. Mittlerweile, nachdem eine 3. Amtszeit für Musharraf ermöglicht wurde, sind die meisten inhaftierten Richter und Journalisten freigelassen worden. Doch die USA unterstützt inzwischen verstärkt die Oppositionsführerin Benazir Bhutto als "Alternative" zu Musharraf. Diese wiederum versucht die derzeitige Polarisierung in der Bevölkerung auszunutzen und sich selbst und die PPP als die "große Alternative" darzustellen. Doch inwieweit ist sie das tatsächlich?

### Was stellt die PPP heute dar?

Die PPP wurde 1967 von Zulfikar Ali Bhutto, einem Großgrundbesitzer, mit nur 35 anderen Leuten gegründet und wurde im Zuge eines revolutionären Aufstandes 1968, durch Generalstreiks und Fabriksbesetzungen, in ein paar Monaten zu einer Massenpartei die nach dem Bürgerkrieg



1971 die Macht über den Rest Pakistans übernahm. Reformen, wie die Verstaatlichung sämtlicher Betriebe, wiesen in eine vielversprechende Richtung. 1977 jedoch wurde Bhutto vom Militär gestürzt und ermordet, worauf seine Tochter Benazir Bhutto die Führung der PPP übernahm. Doch das Bild der PPP als Partei der ArbeiterInnen und Armen ist heute längst überholt. Die PPP wandelte sich offen in eine Partei der Oberschicht und der Industriellen, die ein neoliberales Programm vergleichbar zu Musharraf's verfolgt. Der einzige Grund für Benazir Bhuttos Rückkehr war ein Pakt mit Musharraf, vermittelt durch die USA und Britannien! Geteilte Macht zwischen Bhutto und Musharraf, mit der Annullierung sämtlicher (berechtigter) Korruptionsvorwürfe gegen Benazir sowie ihren Ehemann. Benazir Bhutto nutzte nun

jedoch die Gunst der Stunde und positionierte sich als radikale Gegnerin ihres Vertragspartners. Eine Machtübernahme von Bhutto und der PPP wäre effektiv nur ein personeller Wechsel bei gleich bleibendem System.

### ArbeiterInnenpartei notwendig!

Trotz der Militärdiktaturen und der weit verbreiteten Korruption haben es die ArbeiterInnen auch in den vergangenen Jahren immer wieder geschafft, Verbesserungen zu erkämpfen. Unsere Schwesterorganisation USP (United Socialist Party) ist vor allem im Gewerkschaftsbereich aktiv und erfolgreich. 2006 nahmen an der ersten überregionalen Zusammenkunft der überparteilichen Gewerkschaftsplattform TURCP (Trade Union Rights Campaign Pakistan), in der auch die USP arbeitet, bereits über

300 BetriebsrätInnen und AktivistInnen teil. Auch in Kashmir und Bangladesh ist die USP erfolgreich aktiv. Musharraf ist nun schon der 4. Militärdiktator in der 60-jährigen Geschichte des Landes.

Die Bevölkerung ist enttäuscht und desillusioniert von der Militärherrschaft, wie auch von der PPP. Eine echte Alternative ist dringend notwendig und machbar.

Daher lauten die Forderungen unserer Schwesterpartei:

- ▶ Lehnt die Anschläge von Karachi ab!
- ▶ Nein zu Diktatur und Terrorismus!
- ▶ Politische Freiheit JETZT!
- ▶ Keine Allianz mit dem Militär!
- ▶ ArbeiterInnen und Arbeitslose, vereinigt euch um die Diktatur zu beenden und einen wahrhaft sozialistischen Wandel zu erreichen!

## TürkInnen und KurdInnen müssen gemeinsam ihre Rechte verteidigen

# Für ein freies sozialistisches Kurdistan!

*Als SozialistInnen kämpfen wir gegen den drohenden Einmarsch der türkischen Arme in den Nordirak, gegen jede Auslieferung und Repression. MICHAEL GEHMACHER fasst dazu einige Aspekte aus der Perspektive der SLP zusammen.*

(1.) Der Nordirak ist weder demokratisch noch frei von sozialen Spannungen. Die nordirakische Kurdenführung ist eine Politikerelite, die vor allem an ihren sozialen Privilegien interessiert ist. Ein Beispiel: Die beiden großen Mobilfunkgesellschaften werden von Vertrauensläuten der zwei großen kurdischen Parteien, PUK und DPK, geführt. Gleichzeitig stellt die angepasste, (ex-)stalinistische KP den Telekommunikationsminister. Ansätze zur Vergesellschaftung der Telefonnetze gibt es nicht, für die kurdische Elite sprudeln die Profite auf Kosten der breiten Masse. Gegen das Saddam-Regime war es für den Imperialismus zunächst notwendig, Freiheiten und Formen der Selbstorganisation zuzulassen. Jetzt spitzen sich die Konflikte zu. 2006 gab es Streiks und Verhaftungen. Die nordirakische Elite kann mit PKK-Auslieferungen leben. Der nordirakische PKK-Ableger (PCDK) wurde bereits verboten. Die kurdische Landbevölkerung wird von der Polizei schikaniert (z.B. mit Lebensmittelbeschränkungen) um PKK-

KämpferInnen zu finden.

(2.) Die PKK ist in einer schweren Krise. Von den linken Ansätzen ist nicht mehr viel übrig. Wir verteidigen die Rechte der KurdInnen, gegen den türkischen Staat und den Imperialismus. Aber was hat die nationale, militärische Orientierung der PKK bis jetzt gebracht? Kurdische Unternehmer und Stammesfürsten sollten hier mit kurdischen ArbeiterInnen vereint werden, obwohl sie entgegengesetzte Interessen haben. Um das zu schaffen, mussten alle sozialistischen Ansätze verschwinden. Die Terrorakte mit zivilen türkischen Opfern haben es dem türkischen Chauvinismus leicht gemacht. Ohne sozialistisches Konzept und Führung brach der Kampf der PKK in sich zusammen. Die extrem hohe Opferbereitschaft tausender KurdInnen war tragischerweise praktisch umsonst.

(3.) Die Freiheit kann nur von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft werden.

Das heißt: a) Das Recht von KurdInnen und TürkInnen auf die Straße zu gehen. Wir müssen die FPÖ-Forderung



nach Demoverbot zurückweisen. Im Gegenteil fordern wir das Recht für AsylantInnen und AsylwerberInnen, sich politisch zu betätigen.

b) Volle Asylrechte für kurdische Flüchtlinge. Der ÖGB hätte hier viele Möglichkeiten: Durch internationale Solidarität mit Belegschaften von kurdischen Schulen, Spitäler, usw. könnten in den verschiedenen Teilen Kurdistans soziale Infrastruktur aufgebaut, und für soziale, demokratische und gewerkschaftliche Rechte gekämpft werden. Das kurdische Gebiet ist reich. Auch die ÖMV will dort Öl

fördern. Praktische Solidarität zwischen ÖMV-ArbeiterInnen im Iran und im Nordirak mit österreichischen ÖMV-ArbeiterInnen würde viel bewirken.

Der Schlüssel im kurdischen Befreiungskampf ist der gemeinsame Kampf kurdischer ArbeiterInnen und anderer Nationalitäten in der Türkei, im Nordirak, Iran und Syrien. Ein freies Kurdistan kann nur als sozialistisches Kurdistan im Rahmen einer sozialistischen Föderation in der Region dauerhaft bestehen.

## Regierung rüstet gegen Flüchtlinge

*Arigona Zogaj und Safete Zeqaj sind zwei von 33.000 Menschen, die von der rassistischen Deportationspolitik Platters bedroht sind. Doch auch der Kanzler will nun Schnellgerichte gegen AsylwerberInnen.*

von Harald Mahrer, SLP Wien

Einige Tage nach Arigonas Flucht erhält ein Asylwerber in Steyr einen negativen Bescheid. Er schreibt einen Abschiedsbrief, den er hundertfach kopiert, am Hauptplatz verteilt und rammt sich ein Messer in den Unterleib. Er überlebt schwer verletzt. Wieder ein Einzelfall?

### Niedertracht & Ordnungswahn: Ein Minister rastet aus

Der Minister pocht darauf: Der Staat darf sich nicht erpressen lassen. Von einem 15-jährigen Mädchen, wohlgemerkt. Der Mutter des 15-jährigen Mädchens bietet der Innenminister durch Mittelsmänner 30.000 Euro, sollte sie freiwillig das Land verlassen. Safete Zeqaj wird nach einer Pressekonferenz gleich einmal in Schubhaft genommen, ihre Söhne bleiben allein im Untergrund zurück. "Selbstverständlich" findet Herr Platter das. Sprachlos macht allerdings auch die Naivität der Grünen, die als Veranstalter der erwähnten Pressekonferenz keine Vorkehrungen getroffen hatten, Safete Zeqaj vor der Verhaftung zu schützen.

### Rassismus wird gesetzlich geschürt

Rund 20% der positiven Bescheide werden erst in der letzten Instanz gewährt, die niedrigste Anerkennungsquote hat die erste Instanz. Das soll sich ändern: Die Letztinstanz wird abgeschafft. So wird gleich das ganze Asylwesen sogar der üblichen "rechtsstaatlichen Kontrolle" entzogen.

Durch die Gesetze zieht sich Schikane, Missgunst und Niedertracht wie ein roter Faden. "Amnesty international" merkt in ihrer Stellungnahme zum Fremdenrechtspaket 2005 an, fremdenfeindliche Sprache würde sich in den



Entwürfen allenorts finden. Traumatisierung (ein ernster psychischer Ausnahmezustand) schützt seit 2006 weder vor Schubhaft noch vor Abschiebung. Wer sich im Paragrafenschwengel verirrt und eine Frist verpasst, muss neue Anträge aus dem "Heimland" stellen, auch wenn eine Reise dorthin neben finanzieller Belastung auch ein erhebliches Risiko für die Sicherheit bedeutet. Zu allem Überdross dauert die Bearbeitung eines einfachen Antrags dann Monate, manchmal Jahre.

Das Recht auf Verweigerung der Aussage gegen sich selbst oder nahe Angehörige wird bei Verdacht auf "Fluchthilfe" aufgehoben. EhepartnerInnen müssen einander, Kinder ihre Eltern unter Strafandrohung vernadern. Diese Ungleichbehandlung hinterlässt deutliche Spuren. Menschen, denen elementare Rechte aberkannt werden, werden zusehends Opfer von Polizeigewalt und Erniedrigung durch Behörden (siehe Wahrnehmungsbericht Rassismus

2006, [www.zara.or.at](http://www.zara.or.at)). Und: Ist der "Rechtsstaat" einmal ausgehöhlt, wird es leichter auch anderen Gruppen, Recht um Recht abzuverkennen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann dieser Prozess auch "ÖsterreicherInnen" betrifft.

### Rassismus verhindert Integration

Besonders deutlich wird der rassistische Wahnsinn hinter den heute üblichen "Integrationskonzepten" in der Frage von Gewalt an Frauen. Da werden selbsternannte "Frauenverstehere", wie ÖVP-General Missethon, zu Vorkämpfern der Zivilisation. Gleichzeitig bleiben aber Frauen von den Aufenthaltstiteln ihrer Ehemänner abhängig, können sich also – schon von Rechts wegen – extrem schwer aus Gewaltbeziehungen befreien. Menschen, die unter permanenter Angst vor den Behörden oder ökonomischer Abhängigkeit von ihren Peinigern leben müssen, haben kaum eine Chance, Verbre-

chen, die an ihnen begangen werden, zur Anzeige zu bringen. Damit macht sich das österreichische Fremdenrecht an so manchem "Ehrenmord" mitschuldig, in dem es Hilfe für die potentiellen Opfer unterlässt. Frauenhäuser, die sich um Frauen, die vor gewalttätigen Männern, egal welcher Herkunft, flüchten, müssen jedes Jahr darum bangen, von der Politik Subventionen zu bekommen.

### Gleiche Rechte

Integration würde gleiche Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft bedeuten. Das beginnt bei Bildungschancen, geht über die Frage der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt bis hin zu politischen Rechten. Nur wer Chancen hat, kann diese auch wahrnehmen. Die Realität ist aber: Menschen mit Migrationshintergrund haben ein erheblich höheres Armutsrisiko, deutlich schlechtere Bildungschancen, niedrigere Einkommen und müssen hö-

here Mieten für schlechtere Wohnungen bezahlen.

All das wird durch die gesetzliche Ungleichbehandlung gefördert und verstärkt. Die Wirtschaft freut sich, schließlich sorgen diese Gesetze dafür, dass in Österreich etwa 1 Million ArbeitnehmerInnen deutlich schlechtere Rechte haben als der Rest. Die Aushöhlung des Arbeitsrecht erfolgt so unter dem Deckmantel des "Schutzes der österreichischen ArbeitnehmerInnen". Das Gegenteil ist wahr: Diese Rechtslage untergräbt die Arbeitsbedingungen für alle, also auch die der angeblich geschützten ÖsterreicherInnen.

Gleiche Rechte würden die Rechte aller stärken, die der "ÖsterreicherInnen" genauso wie jene der "AusländerInnen", daher fordert die SLP:

- Gleiche soziale und demokratische Rechte für alle hier lebenden Menschen. Ersatzlose Abschaffung der rassistischen Gesetze und der Schubhaft. Gewährung des Wahlrechts auf allen Ebenen.
- Sofortiger Abschiebestopp. ExpertInnen aus den Flüchtlingshilfsorganisationen sollen ein neues Asylgesetzes erarbeiten, das sich an den Bedürfnissen der Schutzsuchenden orientiert. AsylwerberInnen muss das Recht auf Arbeit gewährt werden.
- Die sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und mit entsprechendem Personalausgleich, würde hunderte tausende Arbeitsplätze schaffen und so einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Armut von In- und AusländerInnen leisten.

► Langfassung des Artikels auf [www.slp.at](http://www.slp.at)

### Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen LinksPartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!